

CDU-Stadtverband Gladenbach

An die örtliche Presse

Rückfragen:  
Marc Bastian (Pressesprecher)  
Tel.0151/20736053  
E-Mail: presse-cdu-gladenbach@web.de

## PRESSEMITTEILUNG

Gladenbach den 08.02.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Schreiben möchte der CDU – Stadtverband Gladenbach Stellung zu den Vorkommnissen der letzten Stadtverordnetenversammlung am 02.02.2017 nehmen und explizit die Haushaltsdebatte nachbereiten.

Der CDU Stadtverband sieht hier dringenden Aufklärungsbedarf und möchte die Gladenbacher Bevölkerung auf die aus unserer Sicht nicht nachvollziehbaren Entscheidungen hinweisen und diese entsprechend begründen. Neben den o.g. Punkten möchte der Stadtverband auch auf die aktuelle Situation im Stadtparlament eingehen und die Bevölkerung darüber informieren.

### **Thematik: Radwegebau Mornshausen/S.**

Die CDU betrachtet diese Investition als fragwürdig und begründet diese Bedenken wie folgt:

-Es wurde im Voraus keine Planung bzgl. dieser Baumaßnahme durchgeführt und es fehlt ein grundlegendes Konzept für den Ausbau bzw. die Erweiterung des Radwegenetzes in der Gladenbacher Gemarkung sowie die Einbindung benachbarter Kommunen. In diesem Zusammenhang wurde des Weiteren keine Kostenkalkulation vorgelegt. Seitens der CDU bestehen außerdem Zweifel im Bezug auf die Machbarkeit dieses Bauvorhabens, denn es wurden keine hochwasserschutz- und naturschutzrechtlichen Grundlagen in diesen Antrag mit einbezogen.

-Aus Sicht der CDU müsste hier ein Konzept erstellt werden, welches die Radfahrer nicht nur an der Stadt und den Ortsteilen vorbeifahren lässt. Die CDU denkt hier vor allem daran, Radfahrer gezielt in die Stadt zu lotsen und dadurch dem Gewerbe in Gladenbach zuzuführen. Denn was hat eine Kommune von einem Radweg, welcher nur als „Fahrradautobahn“ dient. Wenn hier Gelder investiert werden, dann müssen entsprechende Konzepte erarbeitet und vorgelegt werden. Eine solche Analyse müsste aus Sicht der CDU von der SEB Gladenbach und den öffentlichen Stellen des Kreises kommuniziert werden.

-Die Stadt Gladenbach verfügt nur über wenige Meter Radweg. Es handelt sich bei dem genannten Teilabschnitt um einen Wirtschaftsweg. Diese Wege wurden angelegt, um den Landwirten und den Forstwirten zu ermöglichen, an ihre Arbeitsstätte zu gelangen. Aus Sicht der CDU Gladenbach ist es nicht tragbar, ohne weiterführende Konzepte Wirtschaftswege in asphaltierte Radwege umzuwandeln. Der Landwirtschaftliche und Forstwirtschaftliche Verkehr wird nach wie vor diese Wege nutzen und entsprechend mit schwerem Gerät befahren. Eine Haltbarkeitsanalyse bzw. eine Abwägung hat hier nicht stattgefunden. Auch ist aus Sicht der CDU hier ein Konflikt mit den jährlichen Zuschüssen in Höhe von max. 20% bzw. max. 14.000,00 € pro Jahr für die Unterhaltung von Wirtschaftswegen im gesamten Stadtgebiet zu erkennen. Hier werden im ganzen Stadtgebiet mit max. 14.000,00 € pro Jahr (für alle Stadtteile und somit auch für alle Wirtschaftswege) bezuschusst und Zuschüsse über 20% sind nicht machbar und im Gegenzug werden hier für ein paar Meter Wirtschaftsweg 100.000,00€ veranschlagt. Die CDU sieht hier die Verhältnismäßigkeit nicht gegeben.

-Neben den nicht vorhandenen Planunterlagen aus baulicher Sicht und dem Fehlen von einem Gesamt – Konzept, fehlt hier aus Sicht der CDU auch die Planung der Finanzierung. Es wurde im Voraus nicht abgefragt, welche Kosten auf die Stadt Gladenbach zukommen. Im Einzelnen wurde hier keine Kostenschätzung herangeholt und es wurde auch im Voraus nicht geprüft, welche Zuschüsse hier seitens öffentlicher Stellen bereitgestellt werden könnten und an welche Bedingungen diese geknüpft sind. Aus Sicht der CDU ist es verantwortungslos eine Maßnahme mit 100.000€ anzustoßen, ohne zu wissen, welche Kosten tatsächlich anfallen. Sollten hier bereits 30% der Kosten für Planung und Gutachten verbraucht werden, müsste jedem klar sein, dass der Radweg gemessen an der Meterzahl nicht groß dazu beitragen wird, dass die Radfahrer in Gladenbach lange auf einem asphaltierten Weg fahren können. Hier verweist die CDU ganz klar wieder auf das fehlende Konzept – denn wenn es ein Konzept geben würde, dann könnten Planungskosten für größere Streckenabschnitte gebündelt werden.

-Neben den o.g. fehlenden Finanzierungsgrundlagen, muss des Weiteren erwähnt werden, dass die Finanzierung des Radwegs auf der Minderung eines im Haushalt eingestellten Postens basiert. Im Einzelnen bedeutet dies, dass die im Haushalt eingestellten 200.000 Euro für die Verbesserung der Zuwegung eines großen Industriebetriebes und dem damit verbundenen kostspieligen Abriss des alten Lokschuppens in dieser Gemarkung auf 100.000 Euro reduziert wurden. Dieser Umstand führt unweigerlich dazu, dass die Flächen an den Industriebetrieb vorerst nicht veräußert werden können, da ein Nachtrag im Haushalt für diesen Posten nicht möglich ist – da dieser Posten freiwillig gekürzt wurde. Für die CDU ist diese Vorgehensweise mehr als befremdlich. Zum einen werden seitens des Antragstellers immer wieder höhere Verkaufserlöse gefordert bzw. kalkulatorisch angehoben (zuletzt in der STVV am 02.02.2017) und hier wird zeitgleich bewusst verhindert, dass Flächen verkauft werden können und die Stadt bleibt vorerst erneut auf dem Grundstück sitzen. Aus Sicht der CDU schadet diese Vorgehensweise nicht nur dem Haushalt, sondern auch dem Industriebetrieb, welcher hier bereits seit längerer Zeit tätig ist und diese Umstrukturierung wünscht.

-Aus Sicht der CDU ist des Weiteren zu erläutern, dass dieser Radweg bereits in den Haushaltsjahren vor dem jetzigen Bürgermeister Kremer immer wieder berücksichtigt und dann doch wieder gestrichen wurde. Es ist aus unserer Sicht durchaus berechtigt, zu hinterfragen, warum dieser Radweg jetzt plötzlich so wichtig ist, dass er den Haushalt des Kämmers schon im ersten Quartal des Jahres 2017 komplett in Frage stellt. Aus Sicht der CDU war der Lösungsvorschlag des Bürgermeisters, Herr Kremer, den Antrag umzuformulieren und den Radweg mit Geldern aus dem evtl. Erlös von Grundstücksverkäufen zu finanzieren der richtige Ansatz. Zwar wären wir aufgrund der o.g. Punkte auch in diesem Fall gegen diesen Schnellschuss vorgegangen, jedoch hätte dies der Stadt Gladenbach zumindest die Handlungsfähigkeit bzgl. Umstrukturierung Jakob-Heuser-Strasse ermöglicht.

Abschließend zu diesem Punkt ist zu erwähnen, dass die CDU Gladenbach einen Ausbau des Radwegenetzes grundsätzlich begrüßt. Allerdings sind vorab die o.g. Problemstellungen zu lösen.

## **Thematik: Fusion Freiwillige Feuerwehr Erdhausen und Kehlrbach**

Mit großen Erwartungen und gleichzeitig einigen Bedenken, hat die CDU Gladenbach dieses Thema in Augenschein genommen. Die CDU Gladenbach begrüßt grundsätzlich die freiwillige Fusion von Feuerwehren und findet es bemerkenswert, dass sich schwächere Feuerwehren zusammenschließen, um gemeinsam den Brandschutz in der Stadt Gladenbach sicherstellen zu können. Neben der Freude gibt es hier aber auch einige Bedenken, welche aus unserer Sicht geäußert werden müssen. In diesem Zuge möchte die CDU auf diese Bedenken eingehen und des Weiteren Bezug nehmen auf die letzte STVV am 02.02.17, wo dieses Thema behandelt wurde. Des Weiteren möchte die CDU begründen, warum wir die Investition in Höhe von 290.000,00€ vorerst nicht freigeben wollten.

-Zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen lag den Stadtverordneten kein Konzept bzgl. der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Gladenbach vor. Im Einzelnen geht es hier um den Bedarf- und Entwicklungsplan, welcher nach und in gesetzlichen Fristen aufgestellt werden muss. Dieser Plan ist in Gladenbach bereits seit einigen Jahren überfällig und die Stadtverordnetenversammlung wurde bereits einige Male vertröstet. In der Sitzung des HFA vom 31.01.17 einigten sich alle Fraktionen darauf, den Posten bzgl. der Fusion mit einem Sperrvermerk zu versehen. Dieser von der SPD gestellte Antrag, wurde und wird seitens der CDU – Gladenbach begrüßt. Wir begründen diesen Antrag damit, dass wir als Parlamentarier als höchstes Organ der Stadt Gladenbach eine gewisse Überwachungspflicht haben. Mit diesem Antrag sollte die Fertigstellung des Bedarf – und Entwicklungsplans beschleunigt werden. Aus Sicht der CDU ist es gegenüber den Bürgern nicht vertretbar eine Entscheidung über 290.000,00€ zu treffen, ohne zu wissen, welches Konzept für die Feuerwehren in Gladenbach erarbeitet wurde.

-Neben dem Bedarf- und Entwicklungsplan, wurde die STVV des Weiteren auch nicht über den aktuellsten Prüfbericht des techn. Prüfdienst unterrichtet und somit fehlen auch hier Informationen bzgl. dem jetzigen Zustand und den Mängeln in den betreffenden Feuerwachen.

- Selbst seitens des Ortsbeirats Erdhausen, gab es in der Sitzung vom 25.01.2017 Ansätze bzgl. einer Lösung unter Einbindung des DGH's in Erdhausen – die CDU Gladenbach hofft, dass diese bei den Planungen berücksichtigt werden.

-Die CDU ist der Meinung, dass Ausgaben in dieser Höhe erst getätigt und freigegeben werden können, wenn entsprechende Planunterlagen vorliegen und die Maßnahmen nachhaltig begründet werden. Es ist nicht zu leugnen, dass wir einen Kilometer entfernt von der jetzt geplanten Maßnahme den Feuerwehrstützpunkt der Stadt Gladenbach unterhalten und weitere zwei Kilometer ebenfalls ein Löschzug in Weidenhausen stationiert ist. Die CDU Gladenbach sieht sich somit nicht in der Lage, ohne entsprechende Aufklärung über solche Maßnahmen abstimmen zu können.

## **Thematik: Sonstiges**

Neben den oben aufgeführten aktuellen Themen, sieht sich die CDU Gladenbach in der Pflicht auch noch weitere Missstände im Bezug auf die Gladenbacher Kommunalpolitik offenzulegen und diese entsprechend an die Bevölkerung heranzutragen.

-Die CDU ist über das Abstimmverhalten in den letzten Stadtverordnetenversammlungen mehr als verwundert. Hier werden wie exemplarisch am Dienstag den 31.01.2017 im HFA geschehen, Anträge - in diesem Fall seitens der SPD formuliert und im Anschluss von allen Parteien einmütig beschlossen und zwei Tage später stimmen die Abgeordneten allesamt gegen ihren eigenen Antrag und das, obwohl sie am Tag der STVV sogar namentlich in der Presse erwähnt wurden – eine Erklärung zu den plötzlichen Abweichungen gibt es nicht . Diese Verhaltensweise ist aus Sicht der CDU nicht nachvollziehbar und schadet dem Ruf der Kommunalpolitik in erheblichem Maße. Die CDU Gladenbach distanziert sich von diesem Verhalten ausdrücklich und appelliert in diesem Zug an die Ernsthaftigkeit der Kommunalpolitik.

-Verwundert ist die CDU Gladenbach auch über die momentan praktizierte Finanzpolitik der regierenden Parteien. Hier sollen Gelder ausgegeben und verplant werden, welche nicht vorhanden sind. Es sollen Gelder ausgegeben werden ohne vernünftige Konzepte und ohne dass diese nachhaltig etwas bewirken können z.B. der eben erwähnte Radweg. Die CDU Gladenbach appelliert an alle Parteien zu bedenken, wohin uns diese Finanzpolitik in den letzten Jahren getrieben hat. Wir die CDU Gladenbach geben offen zu, dass in den letzten Jahren mit unserer Mehrheit Fehler gemacht wurden und wir müssen uns ankreiden lassen, dass wir hier unter falscher Führung Projekte realisiert haben, welche uns im Nachhinein viel Geld gekostet haben. Hier müssen wir uns tatsächlich selbst ankreiden, dass wir in der Vergangenheit nicht genug hinterfragt bzw. Aufklärung über gestiegene Kosten, verlangt haben. Genau diese Politik wurde uns in den vergangenen Jahren seitens der jetzt regierenden Parteien immer wieder vorgeworfen. Nun aber, wo diese Parteien, die diese Finanzpolitik stets kritisiert haben, selbst entscheiden können, ist zu sehen, dass die Parteien, welche damals kritisch waren selbst in die alten Verhaltensmuster zurückfallen. Die CDU – Gladenbach wird dieses Verhalten, gerade weil wir es in den letzten Jahren mitverantwortet haben, nicht mittragen. Wir sind stolz darauf, dass wir den Schutzschirm vorbehaltlich der letzten Prüfung evtl. verlassen können und wollen Gladenbach in Zukunft als Mittelzentrum erhalten und die Finanzen kontrollieren, damit uns die Einschnitte aus den letzten Jahren zukünftig erspart bleiben.

-Befremdlich findet die CDU Gladenbach auch den Umgang im Parlament untereinander. Wer die letzte STVV verfolgt hat, konnte beobachten, mit welchem aggressiven Ton hier teilweise versucht wurde Stellung zu eigenen Themen zu beziehen. Auch gab es diverse Zwischenrufe während Redebeiträgen. Diese verbale Art der Kommunikation ist für die CDU nicht vertretbar und wird seitens der CDU Gladenbach nicht toleriert.

-Die CDU Gladenbach dankt in dieser Pressemitteilung dem Bürgermeister und seiner Verwaltung, für den gut aufgestellten Haushalt und kann nur hoffen, dass dieser eine Lösung für die o.g. Probleme entwickeln und umsetzen kann. Es ist aus Sicht der CDU traurig, dass man seitens der Zählgemeinschaft dem eigenen Bürgermeister, welchen man im Wahlkampf unterstützt hat und der davor jahrelang für die SPD im Parlament saß, bereits am Jahresbeginn solche Steine in den Weg legt. Die CDU Gladenbach hätte sich hier von den regierenden Parteien mehr Weitsicht für die Stadt Gladenbach gewünscht.

Marc Bastian  
Pressesprecher

Johannes Pfizenmeyer  
1.Vorsitzender

Rainer Faber  
2.Vorsitzender